

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3688-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinbau, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dem 36 Pfennig Beleggeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Anzeigen von Namen, Nummern, Verlags- und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koebnerstraße 22-26

15 Pf. [Anwärter] Nr. 416 · A 211 FREITAG, 4. SEPTEMBER 1931 MORGEN-AUSGABE · V

Minen gegen Curtius

Kein Gegensatz zwischen Kabinett und Delegation

Es hat den Anschein, daß die Reichsparteien die Erklärung, die Curtius gestern in Genf über die Zollunion abgegeben hat, zum Anlaß für einen neuen Feldzug gegen den Reichsausschuss nehmen könnten. Sie werfen ihm vor, daß er vor dem französischen Senat zurückgetreten sei und den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion gescheitert habe, obgleich Dr. Curtius ausdrücklich sich in umgekehrter Weise, nämlich an der Erwartung eines fruchtbareren Ergebnisses der Arbeit der europäischen Einlenkungskommission hat die deutsche Regierung im Einverständnis mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen. Darüber hinaus wird von deutschnationalen Kreise auch behauptet, daß Dr. Curtius sich nicht an die Instruktionen gehalten habe, die ihm das Reichskabinett nach Genf mitgegeben habe.

Ein Reichsminister ist bei den, der lediglich die Aufgabe hat, einen genau formulierten Auftrag an die besagte Adresse

weiterzugeben. Dr. Curtius hat im Rahmen der vom Kabinett erteilten Vollmacht gehandelt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß er im Einvernehmen mit dem österreichischen Botschafter vorgehen mußte und daß die Verhandlungen über die in der Europa-Kommission abgegebene Erklärung nicht immer geneigtem von Curtius und Schöber mit dem französischen Bevollmächtigten erfolgten, sondern daß von österreichischer Seite auch sehr wichtige und gelebte Beziehungen mit Franco-Poncet geführt worden sind.

Zwischen Berlin und Genf hat während der letzten Tage ein mehrfacher telefonischer Meinungsaustausch stattgefunden. Die Regierung in Berlin war über die Absichten des Außenministers hinsichtlich der Erklärung untrübselig, wenn auch vielleicht nicht jedes Wort der Erklärung in diesen Beziehungen genau festgelegt und vereinbart worden ist. Für die Formulierung eines Gegenanges zwischen Kabinett in Berlin und Delegation in Genf liegt ein begründeter Anlaß nicht vor.

Nun neuer Start

Die Genf ist geschlossen, in der die deutsch-österreichische Zollunion befestigt wurde, diese Festlegung, die nicht recht lebensfähig war, als sie zur Welt kam, und bei der obenstehend noch manches versehen worden ist. Ueber die Befestigungsformel ist in Genf zwei Tage lang verhandelt worden. Wenn es zutrifft, daß der Vertreter Frankreichs nicht mit einer Verzögerung für die Gegenwart, sondern auch ein festliches Versprechen für alle Zukunft gefordert hat, dann stellt die gleichzeitige Erklärung, die Schöber und Curtius gestern abgegeben haben, ein ganzes und annehmbares Kompromiß dar. Das wird freilich nicht hindern, daß die Nationalisten in Paris und in Prag einen Triumpheingeh entgegen werden wie die Vertreter über dem Grabe des Abkommens. Die deutschen Nationalisten werden, nur in anderer Form, das gleiche Ziel setzen lassen von dem diplomatischen Sieg, den Frankreich in Genf erfochten hat und von dem deutschen Kapitalisten vor den Verhandlungen des Erbfeinds. Dabei kann man, genau bei dem, von Sieg und Niederlage nur im Sinne eines Wandervergessens sprechen, bei dem die gemauerten Regisseure allerdings auf der anderen Seite waren. Frankreich und die Ständestaatskräfte werden einen wichtigen Vorstoß gegen den „Anschluß“ Oesterreichs an Deutschland unternehmen, also gegen einen Schlüsselstein, der nicht leicht zu verschieben ist. Oben bei der Situation zu urteilen, daß die Vorbereitung einer Zollunion nicht anderes sei als der letzte Versuch, durch einen Handelsvertrag die Verträge von Versailles und Saint Germain einseitig zu revidieren, haben sie sich die diplomatische Unterstützung der anderen großen europäischen Signatarmächte jener Verträge, Italiens und Englands, gesichert. Nichts aber hat den Wiedereben des Zollkommens fern als ein solches weit ausbleibender politischer Plan. Der Gedanke einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich kam im März ja nicht wie aus der Hölle geflohen. Man muß nicht erst daran erinnern, daß schon im Mai 1928 im österreichischen Bundesrat von den Christlich-Sozialen, die nicht gerade zu den beliebtesten Anhängern des Anschlusses gehören, ein Beschluß durchgesetzt wurde, in dem die Angleichung der Wirtschaftsverhältnisse an das Deutsche Reich gefordert wurde. Im Juli 1928 hat dann auch der Reichstag in einer Enkeltauslegung sich dafür ausgesprochen, die Handelsvertragsverhandlungen im Sinne einer deutsch-österreichischen Zollunion zu führen. Das war in den ersten Anfängen der Weltwirtschaftskrise, das man ihren Umfang und ihre Dauer nicht einmal ahnen konnte. Infolge der Jahre dieses Beschlusses die Parteipolitik der Christlich-Sozialen. Erst nach dem Wiedereben der Genfer Zollunion ging man an die Verwirklichung des obenstehenden einseitigen Vorhabens heran. Die Arbeit war 1931, in der Art der Ausführung letzte der Fehler. Daß die deutsch-österreichischen Verhandlungen vor den übrigen Wägen bis zum letzten Augenblick geheimgehalten wurden, setzen den Verdacht zu begründen, es werden sich hinter den Fassade eines wirtschaftlichen Abkommens eine große politische Konstellation. Da hat die deutsch-österreichische Zollunion gerade befristet, daß von den deutschen Reichsparteien die Abmachung mit Oesterreich als der endliche Versuch einer „alten Außenpolitik“ begrüßt wurde, die den Ergebnissen der Wahlen vom 14. September Rechnung trage. Es hat nach dieser mißtonenden Duvetiere nicht mehr viel gegen die deutsche Regierung in offiziellen Erklärungen dem Reich gegenüber ein Wort an die Öffentlichkeit gesprochen. Die Außenminister Deutschlands und Frankreichs reden aneinander vorbei. Und doch darf Dr. Curtius sich für sich in Anspruch nehmen, daß seine gelebte Erklärung in Genf mit keinem Wort jenen Reden widerstreit, die er seit März dieses Jahres über die Zollunion gehalten hat. Am 31. März sagte er vor dem Reichstag:

„In der Vorrede bewegt sich in den Bahnen der gesamt europäischen Kooperation ... Der Wille trotzdem im gesamt europäischen Gremium am Beispiel der Spannung, an der Erklärung des wirtschaftlichen, an der Schöpfung des Zollbundes zu arbeiten, nicht bestehen ... Das hat nicht, ist die Vereinigung zu größeren Wirtschaftsgebieten, die Wiederlegung von Zollmuren zwischen bisher getrennten Wirtschaften, die Schaffung größerer und widerstandsfähiger Binnenmärkte.“

Man vergleiche damit die gestrigen Ausführungen in Genf und man wird wieder einen Widerspruch noch ein Unwissen entdecken können.

Es ist aber nicht an der Stelle wird man auch heute nicht behaupten können, daß das deutsch-österreichische Abkommen selbst zu verurteilen ist. Es war keineswegs die Ursache der jener Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen, die auch wir beklagt haben. Der darf die Behauptung wagen, daß ohne die Zollunion die Haltung Frankreichs gegenüber dem Sonnenstaat eine andere, die Bereit-

Frankreich verhindert Freigabebzahlungen

Ueberraschende Mitteilung der amerikanischen Regierung

WASHINGTON, 3. SEPTEMBER

Das seltsame Dunkel, das über den plötzlich begonnenen Pariser Finanzverhandlungen zwischen dem amerikanischen Botschafter Edge und Laval liegt, löst sich durch eine Erklärung des Unterstaatssekretärs Galtie überhand und peinliche Mitteilung. Botschafter Edge ist angewiesen worden, der französischen Regierung dringlich nachzugehen, die Forderungen des amerikanischen Schatzamtes an deutsche Reichsbank nicht weiter aufzuschieben. Deutschland würde nach dem Schuldenschemen mit America jährlich etwa neun Millionen Dollar für Bezahlung von America amerikanischer Ansprüche gegen die Reichsregierung aus dem Weltkrieg. Andererseits schulde America deutschen Privatleuten als weitere Aute um den Freigabebefehl von 1928 für die Beschlagnahme deutscher Schiffe, Patente und der Funktionäre des ausgebliebenen Geschäftsbereichs etwa 18 Millionen Dollar. Diese Summe dürfe das Schatzamt aber noch dem Freigabebefehl zur

zahlen, wenn die Reichsregierung obige private Ansprüche befreit habe.

Man habe sich die Reichsregierung im Jahre 1930 im Haag verpflichtet, im Falle eines Moratoriums an keine Glaubigerrechte zu gehen. America betrachte obige neun Millionen Dollar aber nicht als Verpflichtung zu diesen Zahlungen, sondern als Zahlung Deutschlands an private Amerikaner und habe daher alle Gelder des Haager-Abkommens um ihre Zustimmung erbeten. Alle Forderungen sollten sofort zugestimmt, nur Frankreich weigere sich, und wie Edge berichtet, könne es an dieser Weigerung festhalten zu wollen. America behaupte diese Verweigerung, da man wisse, daß gewisse deutsche Anspruchsberechtigte in großen finanziellen Schwierigkeiten seien, und sei an sich bereit, diese 18 Millionen Dollar morgen zu zahlen, falls obige Schwierigkeit beseitigt werden kann. Man müsse nunmehr versuchen, einen anderen Ausweg zu finden.

Schöbers Bericht sei nur temporär. Die Erklärung des Außenministers Curtius sei noch weit direkter als die Schöbers. Sie lasse sich letzten Zweifel darüber, daß das Zollantriebsprojekt nur auf bessere Zeiten aufgeschoben sei. Die Erklärungen der beiden Botschafter seien übrigens mit Anlauf auf das Haager Urteil abgeändert worden, das, wie bereits zurückgeführt ist, Deutschland recht und Oesterreich unrecht gibt.

Die Dinge so liegen, so habe, behauptet Berliner, Reichspräsident Laval sofort Franco-Poncet angewiesen, Curtius und Schöber nicht die geringste Forderung irgendwelcher Art zu machen. Die beiden Erklärungen, schreibt Fernin, verhielten sich zu nichts. Unsere Verhandlungsfreiheit bleibt uneingeschränkt, und nötigenfalls können wir beim Väterbund vorstellig werden, auf Grund des Artikels 11 des Väterbundespatentes eine Unternehmung wegen Friedensstörung zu verlangen.

Alfons wird angeklagt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 3. SEPTEMBER

Das Auswärtige Amt des Reiches hat mit gerichtlichen Vollmachten ausgehändigt parlamentarischen Untersuchungskommission nicht gegen den Ex-Minister Alfons ein Probe eröffnet werden, um ihn in contumacia neuverurteilen zu können. Vermutlich wird die Auslieferung des ihm im Ausland aufhaltenden Generals Martinez Anido beantragt werden.

Zollverzicht-Gebot aus Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 3. SEPTEMBER

Die Berichtserstattungen des Botschafters Schöber und des Außenministers Curtius sind der Europa-Kommission haben im allgemeinen Befriedigung in der französischen Öffentlichkeit hervorgerufen. Die Erklärungen des deutschen und des österreichischen Außenministers, die am Montag nach Publikation des Haager Urteils noch ergänzt werden sollen, würden, wie Sauerwein in „Matin“ feststellt, als Beweis dafür angesehen, daß der französische Standpunkt in Offenbar den Sieg beanspruchte hat. Diese Erklärungen seien aber zugleich die beste Vorbereitung für die Seite des französischen Ministerpräsidenten Laval nach Berlin.

Der „Petit Parisien“ schreibt, die von der Europa-Kommission gemachten Erklärungen seien um zu kontrollieren, als sie von den Vertretern des Zollkommissions selbst abgegeben worden sind. Um ihre Ruhe zu gewährleisten, hätten die beiden Minister zwar nur allein von den neuen Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit gesprochen. Das sei jedoch gleichgültig. Die Erklärungen hätten dennoch ein formales Versprechen, die Zollunion auszuführen und ebenfalls das Befestigen, daß der Wiener Plan die Hauptgrundlage für die Fortsetzung sein werden, ist unter der Europa zur Stunde fest.

Berlin hat im „Echo de Paris“ in bringen wie immer ungenügend. Die in Genf abgegebenen Erklärungen seien in keiner Weise geeignet, die französische Regierung zu kritisieren.